

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

26. Sitzung vom 19. September 2005 • von 18.00 bis 20.50 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Claude Salathé, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
35 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Dieter Gerber, Vizeammann
Küling Harold, Gemeinderat
Meier Erwin, Gemeinderat
Piffaretti Marianne, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Hitz Ernesto, Schulsekretär
Sachs Josef, Präsident der Schulpflege
Corsiglia Franco, Vizepräsident der Schulpflege
Häner Ernst, Präsident Abwasserverband Wohlen-Villmergen-
Waltenschwil
Irniger Stefan, Betriebsleiter ARA Wohlen-Villmergen-Waltenschwil

Entschuldigungen
Meier-Rösti Regula
Neeser Kurt
Widmer Reto
Baur Angelika
Wiederkehr Peter
Meier René, Gemeinderat
Müller Christian, Gemeinderat

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Judith Steiner Landert, SVP
3. Wahl Stimmzähler
4. Geschäft 10128 betr. Jahresbericht und Rechnung 2004 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil
5. Bericht und Antrag 10129 betr. Ordentlichen Einbürgerungen
6. Interpellation 10127 betr. Besoldung der Schulleitungen
7. Interpellation 10130 betr. Abstimmungsunterlagen bzw. Behördenpropaganda
8. Interpellation 10132 betr. Wahlwerbung der SOUND ARENA
9. Bericht und Antrag 10131 betr. Revision Gemeindeordnung und Geschäftsreglement

Salathé Claude, Präsident: Eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden. Peter Wiederkehr kann an der Sitzung nicht teilnehmen, weil sich in der Ostschweiz in einem Werk eine schwere Explosion ereignet hat. Peter Wiederkehr vertritt die Interpellation Wahlwerbung Sound Arena. Er möchte dazu einen Kommentar abgeben und hat den Präsidenten gebeten, dieses Traktandum an der nächsten Sitzung zu behandeln.

Diskussion betreffend Verschiebung dieses Traktandums

Chaksad David, SP: Ich habe etwas gegen die Verschiebung des Traktandums. Ich wüsste nicht, was Peter Wiederkehr dazu zu sagen hat.

Bertschi Bruno, SVP: Es ist nicht mehr als fair, wenn ein Interpellant mindestens sagen kann, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder nicht. Weshalb Herr Chaksad dies nicht möchte, wissen alle, die das Inserat gesehen haben.

Chaksad David, SP: Soviel ich weiss, wurde die Interpellation durch Bruno Bertschi verfasst. Ich wüsste nicht, was zur Interpellation noch zu sage wäre. Lassen Sie uns die Interpellation heute behandeln. Es kann auch jemand anders von der SVP dazu Stellung nehmen.

Bertschi Bruno, SVP: Die Motion wurde nicht durch mich verfasst.

Salathé Claude, Präsident: Sobald die Vereidigung von Judith Steiner Landert vorgenommen wurde, wird über die Verschiebung dieses Traktandums abgestimmt.

Eingänge und Mitteilungen

Salathé Claude, Präsident: Die Mitglieder des Einwohnerrates haben seit der letzten Sitzung folgenden Unterlagen erhalten:

- Einladung zu heutigen Einwohnerratsitzung
- Voranschlag 2006 der Einwohnergemeinde Wohlen
- Einladung zum Wirtschaftsanlass
- Interpellation 10127 betr. Besoldung der Schulleitungen + Beantwortung
- Geschäft 10128 betr. Jahresbericht und Rechnung 2004 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil
- Bericht und Antrag 10129 betr. Ordentlichen Einbürgerungen
- Interpellation 10130 betr. Abstimmungsunterlagen bzw. Behördenpropaganda
- Bericht und Antrag 10131 betr. Revision Gemeindeordnung und Geschäftsreglement
- Interpellation 10132 betr. Wahlwerbung der SOUND ARENA

Heute erhalten Sie:

- Interpellation 10134 betr. Berufsschule

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte Sie im Zusammenhang mit dem Sportzentrum Niedermatten informieren. Rechtsanwalt Dr. Andreas Burren vom Anwaltsbüro Schärer Rechtsanwälte, Aarau, hat Orientierungskopien eines Schreibens vom 14. September 2005 an den Gemeinderat auch an die Gemeinderatskandidaten zugestellt. Vermutlich sind sie auch noch einem weiteren Personenkreis bekannt geworden. Ein solches Vorgehen seitens eines Rechtsanwalts ist äusserst unüblich und befremdet den Gemeinderat. Um in dieser Sache Klarheit zu schaffen und allfälligen Spekulationen vorzubeugen, will der Gemeinderat über den Sachverhalt kurz orientieren:

Dr. Burren handelt im Auftrag der S+W Bauunternehmung AG Wettingen. Dieses Unternehmen hat auf Grund der durchgeführten Submission den Auftrag für die Baumeisterarbeiten im Sportzentrum Niedermatten erhalten.

Nach Ausführung der Arbeiten stellte die S+W Bauunternehmung AG eine Nachforderung im Betrag von Fr. 175'854.45. Sie begründet diese Nachforderung damit, dass das Mauerwerk als „Sichtmauerwerk“ habe ausgeführt werden müssen. Sie habe aber lediglich „Industriequalität“ offeriert.

In den Ausschreibungs- und Offertunterlagen wurde ausdrücklich „Sichtmauerwerk“ verlangt. Gemäss einer im gegenseitigen Einvernehmen erstellten Expertise von Peter Obrist, eidg. dipl. Baumeister, Riniken, durfte der Bauherr (die Gemeinde Wohlen) im Rahmen der eingereichten Offerte tatsächlich „Sichtmauerwerk“ verlangen. Aus diesem Grund lehnen sowohl der Gemeinderat als auch der Architekt die Nachforderung vollumfänglich ab.

Im Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Burren ist der Vorwurf enthalten, ein Termin für eine Besprechung sei erst nach mehrmaligen schriftlichen Interventionen gewährt worden. Das stimmt nicht. Der S+W Bauunternehmung AG wurde mehrmals mündlich und schriftlich mitgeteilt dass und aus welchen Gründen eine Nachforderung nicht akzeptiert werde.

Sie können versichert sein, der Gemeinderat die Interessen der Gemeinde wahrnimmt und sich nicht unter Druck setzen lässt.

Inpflichtnahme Judith Steiner Landert

Salathé Claude, Präsident: liest das Amtsgelübte vor und nimmt Judith Steiner Landert, SVP, in Pflicht.

Wahl Stimmzähler

Bertschi Bruno, SVP: Ich empfehle Ihnen für die kurze Zeit der laufenden Amtsperiode Martin Wyss als Stimmzähler. Er hat dieses Amt bereits ausgeführt.

Der Rat ist stillschweigend mit offener Durchführung der Wahl einverstanden.

Abstimmung

Martin Wyss wird mit grossem Mehr als Stimmzähler gewählt.

Diskussion zur Verschiebung des Traktandums 8

Chaksad David, SP: Der Interpellation mangelt es sehr an Inhalt. Ich kann mir nicht vorstellen, was hier noch dazu beigetragen werden könnte. Es ist fair und richtig, wenn wir das Geschäft heute behandeln. Peter Wiederkehr ist sicher in der Lage, Bruno Bertschi mit der Beurteilung zu beauftragen, ob die Antwort befriedigend ist. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie zuzustimmen, dieses Traktandum heute zu behandeln, damit diese Art von Vorstösse, welche nicht nötig sind und keinen Sinn machen, heute behandelt werden können. Es ist wichtig, dass das Wohler Volk uns ernst nimmt. Wenn solche Vorstösse noch weiter verschleppt werden, dann nimmt uns das Wohler Volk nicht mehr ernst. Es ist wichtig, dem heute ein Ende zu bereiten.

Jauslin Matthias, FDP: Ich finde es nicht fair, dass über die Interpellation diskutiert wird in Abwesenheit des Interpellanten. Das Geschäftsreglement sagt klar, dass über die Verhandlungsgegenstände der Präsident entscheidet. Dieser möchte eigentlich gerne auf die Behandlung verzichten. Dies finde ich fair. Wenn David Chaksad der Meinung ist, dass die Interpellation verschleppt wurde, muss ich dem entgegenhalten. Wir haben seit der Einreichung keine Einwohnerratssitzung mehr gehabt. Es wurde nicht verschleppt. Eine Beantwortung an der nächsten Einwohnerratssitzung ist durchaus vertretbar. Sollte dazumal eine Diskussion verlangt werden, kann man darüber nochmals sprechen. Ich finde es unfair, in Abwesenheit der Person einen Schlusstrich zu ziehen.

Chaksad David, SP: Ich finde es eine elementare Diskussion. Wir sind vom Volk gewählte Einwohnerräte. Es kann nicht sein, dass wir immer wieder über Dinge diskutieren müssen, die nichts mit Politik zu tun haben, sondern inhaltslose Giftpfeile sind, in denen es darum geht, über politische Vorstösse Abrechnungen zu machen. Ich als gewählter Einwohnerrat akzeptiere dies nicht mehr. Deshalb möchte ich eine schnellstmögliche Behandlung.

Fricker Matthias, CVP: Persönlich bin ich mit dem Inhalt der Traktanden 7 und 8 auch nicht einverstanden. Unsere Fraktion wird darauf zurückkommen. Aber ich möchte mich Matthias Jauslin anschliessen. Ich finde es nur fair, wenn der Interpellant die Möglichkeit zur Stellungnahme hat.

Bertschi Bruno, SVP: Die Interpellation hat Peter Wiederkehr verfasst nicht ich. Ich habe die Interpellation von Peter Wiederkehr erhalten mit der Bitte, diese an den Einwohnerratspräsidenten weiterzuleiten, weil er selbst am Nachmittag geschäftlich ins Ausland reisen musste. Es können auch andere in unserer Fraktion Interpellationen verfassen.

Chaksad David, SP: Ich nütze diese Plattform bewusst: Wenn jemand beginnt, in dieser Art und Weise Vorstösse macht, stimmt etwas nicht mehr. Wir müssen uns dagegen wehren. Es geht mir darum, dass die Einwohnerräte zusammen aufstehen und sagen, so nicht mehr. Es kann nicht sein, dass politische Vorstösse auf Kosten des Bürgers missbraucht werden und die Verwaltung unnötig beschäftigt wird. Dies kostet den Steuerzahler Geld.

Abstimmung über Ordnungsantrag

Dem Antrag

Das Traktandum 8 sei auf die nächste Sitzung zu verschieben

wird mehrheitlich zugestimmt.

Jahresbericht und Rechnung 2004 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil (10128)

Huwiler Paul, GPK-Sprecher: Die GPK hat den Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2004 des Abwasserverbandes Wohlen-Waltenschwil-Villmergen an ihrer Sitzung vom 8. September 2005 studiert. Die ARA ist eine bedeutende Sache. Sie hat die Aufgabe, die Abwässer zu reinigen, damit diese weitergeleitet werden können, ohne Natur und Umwelt Schaden zuzufügen. Es ist viel investiert worden in den letzten 2 Jahren. Mit dem Ausbau der letzten Sanierungsetappe ist die Sanierung abgeschlossen. Auch die Klärschlamm-trocknungsanlage konnte im vergangenen Jahr in Betrieb genommen werden. Anfängliche Geruchsmissionen konnten durch den Einbau eines Biofilters eliminiert werden. Gewundert hat sich die GPK über die Statistik auf Seite 14. Im Monat Februar wird der grösste durchschnittliche Abwasserzufluss von über 20'000 m³/Tag, jedoch im gleichen Monat die kleinste Niederschlagsmenge ausgewiesen. Die GPK dankt dem Präsidenten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit sowie für den informativen Jahresbericht.

Häner Ernst, Präsident ARA: Ich möchte Folgendes sagen bezüglich Aussage des GPK-Sprechers: Vor Ort konnte ich die Frage betreffend Statistik auf Seite 14 nicht beantworten. Ich hoffe, dass der Betriebsleiter der ARA Ihnen eine Auskunft darüber erteilen kann.

Bächer Andi, CVP: Aus den Augen, aus dem Sinn. Dieses Sprichwort kann man beim Abwasser sicher anwenden. Unser fachkundiges Personal der ARA unter Leitung von Stefan Irniger nimmt sich dieser stinkenden Brühe an und ist verantwortlich dafür, dass es am Schluss gesäubert weiterfliesst. Es steht im Bericht: Es werden nochmals Kosten entstehen für die Einleitung in die Aare. Ansonsten ist die Sanierung abgeschlossen. CVP-CSP/Junge CVP möchte dem ARA-Personal für die geleistete Arbeit danken.

Schürmann Toni, Dorfteil Anglikon: Wasser kommt sauber aus dem Wasserhahn und geht verschmutzt über den Ablauf wieder weg mit unserer Erwartung und der Gewissheit, dass es in der Kläranlage gereinigt und sauber wieder in den Kreislauf geführt wird. Für viele ist dies selbstverständlich und sie denken nicht weiter darüber nach. Wieviel Arbeit und Organisation dahinter steckt, zeigt uns jährlich der Jahresbericht des Abwasserverbandes. Unsere Fraktion dankt dem Präsidenten der ARA, seinem Betriebsleiter und allen Mitarbeitenden, welche einen grossen Teil unseres täglichen Wohlbefindens gewährleisten, für ihre Arbeit und ihren Einsatz.

Geissmann Armin, FDP: Unsere Fraktion nimmt den Jahresbericht zur Kenntnis und bedankt sich für die gute Arbeit.

Becker Doris, Freis Wohle: Die Sanierung und der Ausbau der ARA im Blettler bedeutet für die Umwelt, insbesondere für die Bünz, einen wesentlichen Fortschritt. Die neue Ableitung in die Aare, ein visionäres biologisches Klärverfahren und die neue Klärschlamm-trocknungsanlage sind die wichtigsten Elemente. Unsere ARA hat eine zentrale Funktion im Freiamt. Es zeigt sich einmal mehr, dass sich eine Gemeindegemeinschaft lohnt und zu erfreulichen Resultaten führt. Freis Wohle dankt den Vorstands- und Ausschussmitgliedern für ihren Einsatz und dem ARA-Personal für seine engagierte Arbeit, aber auch zum steten Willen und zur Bereitschaft zur Weiterbildung. Wir haben noch eine Frage: Hat man herausgefunden, wieso die Mikroorganismen, welche Nitrat, Nitrit und Ammonium abbauen, so langsam wachsen und wie sind die Werte jetzt?

Zulauf Ruedi, Eusi Lüt & Grüne: Die Gruppe Eusi Lüt & Grüne, SP und EVP haben den Bericht auch angeschaut. Wir freuen uns, dass wir über eine Kläranlage verfügen, welche offensichtlich gut funktioniert. Wenn man die Werte anschaut, scheint sie offensichtlich noch besser zu funkti-

onieren als letztes Jahr. Wir halten den Ausbau für erfolgreich und sinnvoll. Wir danken dem Personal für die geleistete Arbeit.

Detailberatung

Seite 5	<u>Becker Doris, Freis Wohle:</u> Hat man herausgefunden, wieso die Mikroorganismen, welche Nitrat, Nitrit und Amonium abbauen, so langsam wachsen und wie sind die Werte jetzt?	<u>Irniger Stefan, Betriebsleiter ARA:</u> Wir haben eine ganz neue Biologie erhalten. D.h. , die biologische Reinigung erfolgt in 4 separaten Becken pro Reinigungsstrasse. Das langsame Wachsen der Mikroorganismen, welche v.a. den Stickstoff abbauen, hat damit zu tun, dass diese gezielt nur in zwei Becken anwachsen. Die Anwachszeit ist in diesem Verfahren relativ lang. V.a. wurde die eine Strassenseite im letzten Winter angefahren. Im Winter wachsen diese Organismen 3 bis 4 mal langsamer als im Sommer. Deshalb hat sich dies etwas verzögert. Zur Zeit haben wir optimale Verhältnisse und können die Grenzwerte einhalten.
Seite 14	<u>Huwiler Paul, GPK-Sprecher:</u> Im Monat Februar wird der grösste durchschnittliche Abwasserzufluss von über 20'000 m3/Tag, jedoch im gleichen Monat die kleinste Niederschlagsmenge ausgewiesen. Wie erklärt man dies?	<u>Irniger Stefan, Betriebsleiter ARA:</u> Die Daten wurden überprüft mit den täglichen Daten. An und für sich wurde die Grafik anhand der Daten ausgeführt. Persönlich kann ich diese Daten auch nicht glauben. Ich muss annehmen, dass Probleme mit der Mengemessung bestanden.

Der Einwohnerrat nimmt vom Jahresbericht und der Jahresrechnung 2004 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil Kenntnis.

Ordentliche Einbürgerungen (10129)

Gerber Dieter, Vizeammann: Die Einbürgerungskommission hat sich an 2 Sitzungen im März und Juni mit 13 Einbürgerungsgesuchen, total 29 Personen, befasst. Es hat sich wieder gezeigt, dass einbürgerungswillige Personen mit einer sehr positiven Einstellung erscheinen. Leider gibt es auch Personen, die die Einbürgerung auf die leichte Schulter nehmen. Folge davon ist, dass die Prüfung nicht bestanden wird. Die Mehrheit hat jedoch gut abgeschnitten und kann zur Einbürgerung vorgeschlagen werden. Sie sehen, dass 4 Gesuche mit total 13 Personen zurückgestellt wurden. 9 Gesuche mit total 16 Personen werden Ihnen heute zur Einbürgerung vorgeschlagen.

Wahlresultat

Eingelegte Wahlzettel	35
leer / ungültig	<u>0</u>
gültig	35
absolutes Mehr	18

Nachstehenden Bewerbern wird das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen gemäss § 15 Abs. 1 KBüG wie folgt zugesichert:

	JA	NEIN	UN- GÜLTIG/ LEER	TOTAL STIM- MEN
Bagarozza Donatino und Bagarozza-Masi Maria mit den Kindern Michele und Marco	32	3	-	35
Durante Marina	35	-	-	35
Glavas Drago und Glavas-Popovic Radmila mit den Kindern Bojan und Ruzica Marija	29	6	-	35
Bujaroski Risto und Bujaroska-Damceski Svetlana	28	7	-	35
Miljkovic Slavisa	30	5	-	35
Balcin Sakine	29	6	-	35
Arcuti Daniela	30	5	-	35
Karakushi Armend	30	5	-	35
Usta-Eserti Döne	28	7	-	35

Bertschi Bruno, Interpellant: Ich bin mit der Antwort befriedigt, weil es sich um einen marginalen Betrag handelt und er in den nächsten Jahren mit dem Salärfortschritt, welcher abgestoppt wird, kompensiert wird. Noch eine Bemerkung: Man hätte dies sicher vermeiden können, wenn die Schulleitung nicht in vorauseilendem Gehorsam vor zwei Jahren eingeführt worden wäre, sondern erst jetzt, als es nötig wurde. Als angenehme Nebenerscheinung hätten ca. 1,2 Mio. Franken gespart werden können. Ich verlange keine Diskussion.

Perroud Arsène, SP: Ich verlange die Diskussion zu diesem Traktandum.

Abstimmung

Die Diskussion über die Interpellation wird mit 16 Ja-Stimmen beschlossen.

Diskussion

Perroud Arsène, SP: Die SP, Eusi Lüt & Grüne und EVP haben grosse Freude daran, wie gut unsere Schulleitung arbeitet. Wir finden es richtig, dass die Schulpflege und der Gemeinderat bei der Anstellung der Schulleiter v.a. auf die Qualität und weniger auf den Preis schaut. Wir finden es auch richtig und wichtig, dass diese Leistung gut honoriert wird.

Zulauf Ruedi, Eusi Lüt & Grüne: Auch ich kann mich durchaus damit zufrieden erklären, wie die Schulleitenden in Wohlen entlohnt werden. Nicht zufrieden erklären kann ich mich mit der Art und Weise wie die SVP politisches Kapital zu schlagen versucht, aus vernünftigen, normalen und regelgerechten Vorgängen. Immer wieder, in dieser und auch in den nächsten traktandierten Interpellationen, wird mittels tendenziöser Fragen eine Stimmung geschaffen, die annehmen lässt, es würden unter dem Deckmantel angeblich normaler Geschäftsführung übelste Verbrechen ausgeführt, denen nun die SVP einen Riegel schieben wird. Ich habe nichts dagegen, dass Fragen gestellt werden. Hier geht es aber nicht um Fragen, sondern um umformulierte Behauptungen, die man natürlich, weil sie die Form von Fragen haben, nicht beweisen muss. Sind die Behauptungen aber einmal aufgestellt, werden sie auch durch die Erklärung des Gemeinderates nicht mehr aus der Welt geschaffen. Das ist nun einmal so, und das wissen alle hier, auch die Vertreter der SVP.

Man darf von mir aus auch Behauptungen aufstellen, aber nicht im Rahmen von parlamentarischer Arbeit. Ich persönlich bin nicht länger bereit, mich zum parlamentarischen Feigenblatt für Aktionen herzugeben, die nur darauf ausgerichtet sind, möglichst viel Dreck auf Menschen zu werfen, die ihre Arbeit tun. Ich werde darum jetzt den Raum verlassen bis nach der Behandlung dieser und der nächsten Interpellation. Wenn sich das Parlament dafür hergibt, solche Vorstösse zu behandeln, macht es sich mitschuldig.

Bächer Andi, CVP-CSP/Junge CVP: Mir passt der scharfe Ton, der in sämtlichen Interpellationen angeschlagen wird, nicht. Ich finde es daneben, wenn Personen mit politischen Vorstössen angegriffen werden. Auch ich werde den Saal verlassen für die beiden Traktanden. Ich bitte die SVP, in Zukunft solche Interpellationen zu unterlassen.

Fabian Furter, SP: Ich schliesse mich Andi Bächer an und verlasse den Raum.

Chaksad David, SP: In dieser und einer anderen Interpellation wird ein Forum genannt. In diesem Forum wurden ich und auch andere Personen beschimpft, verunglimpft und verleumdet. Man schießt auf Personen mittels politischen Vorstössen, die nichts zur Sache haben. Man könnte diese Fragen, wenn man sie ernst meinen würde, mit einem Telefonanruf lösen. Nein, man betrügt die Wohler Bevölkerung und die eigene Partei mit solchen Interpellationen. Ich frage mich, wann die vernünftigen Kräfte der SVP sich wehren. Ist sich die SVP eigentlich im Klaren, dass es in den Interpellationen teilweise um strafrechtlich relevante Aussagen geht? Ich finde es beschämend und will mich als Einwohnerrat von dieser Art von Politik distanzieren. Ich verlasse den Saal ebenfalls.

Fricker Matthias, CVP-CSP/Junge CVP: Eigentlich wollte sich unsere Fraktion erst bei der nächsten Interpellation dazu äussern. Es stört auch unsere Fraktion äusserst, dass der Einwohnerrat missbraucht wird, um Fehden, Streitigkeiten und persönliche Anfeindungen zwischen Mitgliedern des Gemeinderates und Mitgliedern des Einwohnerrates auszutragen. Das ist nicht der Ort für solche Streitigkeiten. Dazu sind die parlamentarischen Instrumente nicht gedacht. Es wäre schön, wenn die Gegenstände der traktandierten Interpellationen die grössten Probleme unserer Gemeinde wären. Dies ist aber nicht der Fall. Wir sollten uns auf die Probleme unserer Gemeinde konzentrieren und sich nicht mit solchen Abrechnungen beschäftigen. Sonst leidet die Glaubwürdigkeit unseres Rates darunter und der Einwohnerrat gibt sich der Lächerlichkeit preis. Es ist sehr erstaunlich, dass gerade die SVP, welche sich für eine schlanke Verwaltung einsetzt, unsere Verwaltung mit solchen Vorstössen beschäftigt und zusätzliche Kosten generiert. Auch wir bitten die SVP, solche Vorstösse in Zukunft zu unterlassen.

Jauslin Matthias, FDP: Die FDP wird den Raum nicht verlassen. Aber auch wir finden es stossend, wenn allgemein Vorstösse eingereicht werden, welche mit einem Telefonat erledigt werden könnten. Es liegt auch jetzt wieder eine Interpellation auf dem Tisch, in welcher behauptet wird, es habe eine konventionelle Ölheizung im bbz. Hätte man angerufen, hätte man herausgefunden, dass das nicht so ist. Vielleicht ist es auch manchmal Unwissenheit der Personen oder sich in den Mittelpunkt der Medien rücken. Ich finde es schade, dass die Gegenseite die Diskussion verlangt hat. Somit wurde noch mehr Gewicht darauf gelegt und die Aufmerksamkeit vergrössert. Es wäre besser gewesen, keine Diskussion zu beantragen.

Perroud Arsène, SP: Ich werde den Raum nicht verlassen. Die beiden Interpellationen 10130 und 10132 sind total unangebracht und überflüssig. Ich möchte festhalten, dass es nicht um die Schulleitung geht, sondern um die beiden Interpellationen. Dass einige den Raum verlassen haben zeigt, dass man genug hat von diesem Spiel. Meistens sind die Interpellationen da, weil man die Antworten schon im voraus weiss und dies ausspielt. Auch ich habe genug davon, bleibe aber hier, weil ich gerne auch hören möchte, was die SVP dazu zu sagen hat.

Fischer Fredy, SVP: Ich stelle fest, dass diejenigen, die die Diskussion verlangt haben, den Saal verlassen haben. Die SVP hat sie nicht verlangt. Verlangt wurde sie, damit eine Demonstration an den Tag gelegt werden kann. Ich bitte den Präsidenten, die Interpellationen raschmöglichst zu behandeln und abzuschliessen.

Keller Anna, Eusi Lüt & Grüne: Ab und zu ist eine Demonstration auch nötig. Ich bin auch nicht damit einverstanden. In der Interpellation betreffend bbz hat es noch andere Punkte ausser der Heizung. Auch ich habe beschlossen, den Saal zu verlassen.

Perroud Arsène, SP: Ich möchte der Richtigkeit halber sagen, dass ich die Diskussion verlangt habe und immer noch hier sitze.

Tanner Peter, SVP: Anna Keller hat es vorgemacht. Zeigen ist immer am Wichtigsten. Sie findet, es ist berechtigt, andere finden es nicht berechtigt. Man kann eine Interpellation starten oder sie nicht starten. Bei der Interpellation 10127 möchte ich doch festgestellt haben, dass auch in Aa-

rau Schulleitungsbesoldungen zum Thema geworden ist. Weshalb sollte man sich daran stören, es auch in Wohlen zum Thema zu machen? Zur Interpellation betreffend Abstimmungsunterlagen / Behördenpropaganda möchte ich sagen, dass dies auch auf Bundesebene diskutiert wird. Ich kann nachfühlen, dass die Befürworter der Tempo 30-Vorlage mit der doch recht einseitigen Volumenbesetzung in der Abstimmungsvorlage einverstanden waren. Aber das Volk hat es eindeutig mit 60 % abgelehnt. Die Befürworter des Referendums Tempo 30 haben eine eindeutig andere Meinung als diejenigen, die den Saal verlassen haben.

Bertschi Bruno, SVP: Diejenigen, welche die Interpellation betreffend Abstimmungsunterlagen / Behördenpropaganda als unanständig empfinden, haben nicht gemerkt, was wir eigentlich wollen. Wir haben Presseleute, welche teilweise hier am Tisch sitzen und die Aufgabe haben, neutral und ausgewogen Bericht zu erstatten. Diese bekommen Aufträge, für die Gemeindeverwaltung Abstimmungszeitungen zu erstellen. Soll noch jemand sagen, sie seien im Stand, neutral und über der Sache stehend über das Ratsgeschehen zu berichten. Ich möchte daran erinnern, dass wir einen Gemeinbeschreiber und Gemeindeammann haben, die beide Dossierkenntnis haben und Deutsch können. Es wäre eine Sache von 2 bis 3 Stunden, die Abstimmungszeitung selbst zu machen. Dies ist der tiefere Sinn der Interpellation. Ich habe den Eindruck, es hat v.a. im inneren Ring Personen, die von einer gewissen Seite instrumentalisiert werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Fragen zur Schulleitung wurden vom Einwohnerrat als sachlich empfunden. Das ist so. Herr Bertschi, Sie spielen denn Ball immer ab und geben die Verantwortung an andere. Unter der Leitung des Schulpflegepräsidenten hat man nach bestem Wissen und Gewissen ein Schulleitungskonzept erstellt, welches im Gegensatz zu anderen Gemeinden funktioniert. Alle eingestellten Schulleiter sind noch immer an ihrer Stelle. Bei anderen Gemeinden ist dies nicht so. Die Antwort des Gemeinderates zeigt die Überlegungen bei der Festlegung des finanziellen Rahmens auf. Mit dem Wissen zu diesem Zeitpunkt wurde das bestmögliche gemacht. Man stellt heute erfreulicherweise fest, dass mit der Zeit die Differenz geringer wird. Die Schulleiter sind stufengerecht entlohnt.

Als ich Einwohnerrat war, habe ich dafür gekämpft, dass in der Gemeindeordnung das Recht des Initiativ- oder Referendumskomitees zur Stellungnahme verankert wird. Auch Sie, Herr Tanner, haben dieses Recht erhalten. Sie konnten bei Tempo 30 und Grüngutgebühren Ihre Argumente in den Abstimmungszeitungen äussern. Sie haben beide Male gewonnen, obwohl der Gemeinderat/Einwohnerrat mehr Platz hatte, um die Sache zu erklären. Es ist genau vorgegeben, wie die Vorlage zu machen ist, auch dass den gegnerischen Standpunkten Rechnung getragen werden muss. Dies wurde vom Gemeinderat auch immer beachtet. Die Abstimmungsergebnisse sind der beste Beweis, dass nicht manipuliert wurde.

Herr Bertschi, Sie spielen immer auf den Mann. Wären Sie ein Fussballer, Sie sähen den Ball nie, aber den Mann trafen Sie ganz sicher. In diesem Fall sagen Sie, Gemeinbeschreiber und Gemeindeammann könnten die Vorlage selbst machen. Wir können sicher Deutsch, aber wir sind keine Journalisten oder Layouter. Bereits 1979 wurden Abstimmungszeitungen auf diese Art gemacht. Ich bitte Sie, die Personen arbeiten zu lassen und nicht dreinzureden, wie es anders gemacht werden soll. Oder bei der nächsten Gelegenheit bei den Wahlen anzutreten unter dem Motto „Ich weiss es besser und ich mache es besser“.

132 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
**Interpellation betr. Abstimmungsunterlagen bzw. Behördenpropaganda
(10130)**

Der Interpellant wünscht keine Wortmeldung. Diskussion wird nicht verlangt.

133 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Interpellation betr. Wahlwerbung der SOUND ARENA (10132)

Verschoben auf die nächste Sitzung.

Revision Gemeindeordnung und Geschäftsreglement (10131)

Gfeller Koni, GPK-Präsident: An der GPK-Sitzung vom 8. September 2005 wurde der Bericht und Antrag 10131 betr. Revision Gemeindeordnung und Geschäftsreglement Einwohnerrat behandelt.

An der Einwohnerratssitzung vom 15. März 2004 wurde nach einer regen Diskussion mittels Motionsüberweisung der Gemeinderat beauftragt, die Gemeindeordnung und das Geschäftsreglement des Einwohnerrates zu überarbeiten. Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, welche diese Forderung umsetzte.

Dass bestehende Reglemente in gewissen Zeitabständen überarbeitet werden, ist zu begrüßen, stellen wir doch fest, dass die Zeit eben schneller voran schreitet, als wir manchmal denken. Doch dabei ist immer zu beachten, dass Bewährtes nicht immer unter allen Umständen zu ersetzen ist. Die Arbeitsgruppe hat es verstanden, die Forderungen der Motion mit dem Mix was muss neu formuliert werden, und was kann belassen werden, zu vereinbaren. Die Gemeindeordnung, also unsere Verfassung, und das Geschäftsreglement, die Verordnung, sind Grundsteine in unserer Gemeinde.

Gemeindeordnung

In der Gemeindeordnung ist neu § 1 Personenbezeichnungen aufgeführt.

Die in dieser Gemeindeordnung verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter. Die GPK kann diese Handlung nicht verstehen. Die Gleichberechtigung ist nach wie vor ein Dauerthema. Alle unsere Gesetze und Reglemente werden in geschlechtsneutraler Form geschrieben. Und die Gemeinde Wohlen überarbeitet ihre Verfassung und bedient sich ausschliesslich der männlichen Form. Die GPK wird bei der Detailberatung den Antrag stellen, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen und wie bis anhin geschlechtsneutrale Formulierungen zu wählen.

Die GPK stellt einstimmig den Antrag diesen § 1 ersatzlos zu streichen.

Beim § 6 Wahlen standen 7 oder bereits 5 Schulpflegemitglieder zur Diskussion. Die Schulpflege wurde bereits auf diese Wahlen hin von neun auf sieben Mitglieder reduziert. Zudem ist der Bericht betreffend Erfahrungen mit der neuen Schulleitung abzuwarten. Danach kann objektiv darüber befunden werden, die Schulpflege um weitere zwei Mitglieder zu verkleinern.

Die neuen Kreditlimiten des Gemeinderates in § 8 gaben keinerlei Anlass zur Diskussion.

Weiter beschäftigte die Frage, weshalb Interpellationen und kleine Anfragen durch die Anfrage ersetzt werden? Die schriftliche Abgabe der Antwort wurde auch bei Interpellationen gewünscht, und seit neuem auch eingeführt. Die Diskussion wie bei einer Interpellation kann weiterhin an der Einwohnerratssitzung verlangt werden. Die Dringlichkeit wird dann im Geschäftsreglement geregelt.

§ 36 Legislaturprogramm

Da sind die Meinungen des Gemeinderates und der Arbeitsgruppe gegensätzlich. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass es dies überhaupt nicht nötig sei, da ein Finanzplan vorliege, wel-

cher alles für die Zukunft der Gemeinde aussage. Das Legislaturprogramm sei nur mit Arbeit verbunden und bringe nichts. Der Handlungsspielraum des Gemeinderates sei dadurch eingeschränkt.

Die GPK ist anderer Meinung und sieht dies für unseren Gemeinderat eher als eine Chance. Ein Legislaturprogramm ist kein Misstrauen gegenüber des Gemeinderates. Im Gegenteil, die GPK hat an der Sitzung die Arbeit des Gemeinderates, seine schnellen Reaktionen auf gute Geschäfte wie Landkauf, Jugendzentrum, etc. aufs äusserste gelobt, und dankt an dieser Stelle ganz besonders. Doch in Wohlen wird zuviel über das Geld definiert. Nicht nur die Geldverwaltung ist wichtig, sondern auch die gesamten Überlegungen, wohin Geld fliessen soll müssen definiert werden. Ein Legislaturprogramm ist keinesfalls statisch. Unsere Regierung soll seine Visionen kundtun, wohin wollen sie die Gemeinde führen. Welche Schwerpunkte setzt dieser Gemeinderat für die nächste Legislatur?

Aus der Sicht der GPK vergibt sich der Gemeinderat überhaupt nichts. Es wird ihm keineswegs unterstellt, er arbeite planlos. Jedoch wird der Gemeinderat gebeten, seine Zukunftsvorstellungen bekannt zu geben und somit Leitplanken vorzugeben. Die GPK bittet den Einwohnerrat den Antrag des Gemeinderates abzulehnen.

Geschäftsreglement Einwohnerrat

Auch hier ist neu § 1 Personenbezeichnungen aufgeführt.

Analog wie beim Geschäftsreglement beantragt die GPK einstimmig, § 1 ersatzlos zu streichen, und die bis anhin geschlechtsneutrale Formulierung beizulassen.

§ 11 Zustellungen

Die Zustellung der Unterlagen erfolgt grundsätzlich nur noch auf elektronischem Weg.

Das dies für vierzig Ratsmitglieder auf der Gemeindekanzlei Arbeitszeiterparnisse zur Folge hat, ist unbestritten. Solche Entlastungen sind grundsätzlich zu unterstützen. Doch dies sind amtliche Schriftunterlagen mit einer gewissen Bedeutung. Und es ist die Aufgabe der Gemeinde, uns diese Unterlagen in Papierform zur Verfügung zu stellen.

Die GPK stellt den Antrag, die Zustellung der Einwohnerratsunterlagen solle wie bis anhin erfolgen. § 11 sei ersatzlos zu streichen.

§ 31 Erklärungen

Bis anhin konnten Äusserungen angebracht werden. Wir wollen auf der Sachebene diskutieren und befürchten, dass diese dabei verlassen werden könnte und auf emotionale Ebene abgewichen wird. Im Weiteren haben wir einen Ratspräsidenten, der für die Ordnung verantwortlich ist.

Die GPK stellt mehrheitlich den Antrag den § 31 ersatzlos zu streichen.

§ 36 Motionen

Hier wurden die Fristen gekürzt, und gemäss diesem Auftrag die Motion verpflichtet den Gemeinderat des Einwohnerrates zu handeln. Die GPK bemängelt, dass der Gemeinderat keine Möglichkeit zu ablehnendem Bericht und Antrag mehr hat. Geschätzte Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, eine Motion überweisen bedeutet ab dem 1. Januar 2006, dass wir dem Ge-

meinderat einen klaren Auftrag erteilen, den er gemäss Motion mittels Bericht und Antrag umzusetzen hat. Die Meinung wir überweisen einmal, den Bericht und Antrag können wir dann immer noch ablehnen, wird nicht mehr funktionieren. Es wird dann unter Umständen besser sein diese Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Frist von einem Jahr von der Überweisung bis zum Bericht und Antrag ist knapp und soll in der Regel eingehalten werden. Die Zukunft wirds weisen.

Die GPK bemängelt, dass bei Anfragen die Dringlichkeit weggefallen ist. Wir wissen, dass diese Anfragen bei der nächsten Sitzung mit vorgängiger schriftlicher Beantwortung behandelt werden. Im Normalfall kann davon ausgegangen werden, dass eine Dringlichkeit sich dadurch erübrigt. Doch könnte es der Fall sein, dass bei einem laufenden Geschäft eine Anfrage dringlich ist. Und dann benötigt es erst noch eine Zweidrittelmehrheit. Wir wollen somit dieses Instrument nicht aus der Hand geben.

Die GPK beantragt einstimmig in § 46 folgende Ergänzung:

Motionen, Postulate **und Anfragen** können mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden.....

Die Gemeindeordnung und das Geschäftsreglement beinhalten unter anderem folgende Neuerungen:

1. Obligatorisches Referendum erst ab Fr. 300'000.- bei wiederkehrenden Verpflichtungen
2. Obligatorisches Referendum erst ab Fr. 3'000'000.- bei einmaligen Verpflichtungen
3. Fristen ein Jahr bei Motionen und Postulaten
4. Legislaturprogramm.

Die GPK bittet Sie, der neuen Gemeindeordnung, dem Geschäftsreglement Einwohnerrat, und der Erledigung der Motion 10085 zuzustimmen.

Wir bedanken uns bei der Arbeitsgruppe und der Gemeindekanzlei für die geleistete Arbeit.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Sie sehen in der Vorlage auf Seite 8 zusammenfassend die Meinung des Gemeinderates. Der vorliegende, von der Arbeitsgruppe erarbeitete Revisionsentwurf zeigt, dass ausser der Erhöhung der Kreditlimiten keine weiteren grundlegenden Anpassungen zur Diskussion stehen. Es fragt sich deshalb, ob eine Durchführung einer Volksabstimmung angemessen ist. Es gibt Punkte, bei der man unterschiedlicher Auffassung sein kann. Der Gemeinderat wird sich bei der Detailberatung dazu äussern. Paul Huwiler, CVP-CSP/Junge CVP, möchte den Antrag stellen, eine zweite Lesung durchzuführen. Diese Möglichkeit ist im Geschäftsreglement verankert. Darüber sollte entschieden werden, wenn die Gemeindeordnung durchberaten worden ist und ein Resultat vorliegt. Am Ende müssen Sie entscheiden, ob die beschlossenen Änderungen eine Volksabstimmung wert sind.

Jauslin Matthias, FDP: Die Fraktion der FDP sieht nach wie vor die Notwendigkeit der Revision Gemeindeordnung und Geschäftsreglement. Für uns sind die wichtigsten Punkte: Legislaturprogramm, klare Ausgangslage für Motionen und Postulate, Neuregelung für Anfragen. Nicht mehr notwendige Artikel wurden aus der Gemeindeordnung entfernt, 7 Bestimmungen wurden neu von der Gemeindeordnung ins Geschäftsreglement verschoben. Somit wurde die Grundlage geschaffen, das Geschäftsreglement auch anzupassen. Dort wurde Folgendes geändert: Neue, logische Folge der Paragraphen, Regelung von Bildungen von Fraktionen, schriftliche Beantwortung von Anfragen, deutlich kürzere Fristen bei Motion und Postulat, neue Aufgabenzuteilung an GPK und FIKO. Es lohnt sich, die Gemeindeordnung einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Der Gemeinderat bezweifelt, ob es angemessen ist, die vorliegenden Änderungen dem

Stimmvolk vorzulegen. Die Änderungen seien minim. Dieser Sicht kann die FDP nicht folgen. Dass sich der Gemeinderat vor Mehrarbeit scheut, können wir nachvollziehen. Dass er sich aber verwehrt, der gesamten Bevölkerung seine Ziele zu kommunizieren und aufzulisten (Legislativprogramm), macht nachdenklich und zeugt ein wenig von Kurzsichtigkeit. Die FDP wird den Antrag des Gemeinderates ablehnen. Die FDP möchte sich bei der Arbeitsgruppe bedanken, die unter schwierigen Vorzeichen einen konstruktiven Vorschlag ausgearbeitet hat. Wir sind überzeugt, dass Dokumente wie Gemeindeordnung und Geschäftsreglement rollend überprüft werden sollen und wo nötig auch anzupassen sind. Wenn der Mehrheit die Spielregeln nicht passen, soll man die Spielregeln ändern. Ich bitte Sie, rege mitzudiskutieren. Ich hoffe, dass es keine 2. Lesung braucht. Die FDP möchte das Geschäft heute abschliessen.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktionen der SP Wohlen, Eusi Lüt und Grüne und EVP haben das überarbeitete Geschäftsreglement und die Gemeindeordnung studiert und vertreten folgende Meinung.

Wir werden das beklemmende Gefühl immer noch nicht los, dass die Überarbeitung hauptsächlich darauf gründete, eine persönliche Abrechnung vorzunehmen und das Vollamt des Gemeindegammans in Frage zu stellen. Froh haben wir zur Kenntnis genommen, dass dies auch die Arbeitsgruppe anders sieht und das Vollamt nicht mehr in Frage stellt. Es wäre für uns unverständlich gewesen, das Vollamt für die Gemeinde Wohlen zu reduzieren oder gar zu streichen.

Mit den meisten Neuerungen können wir uns einverstanden erklären und begrüßen sie sogar, insbesondere mit den neu gestalteten Fristen und den Anpassungen der Kompetenzbeträge des Einwohnerrats. Auch dass ein Legislativprogramm zu den Befugnissen des Gemeinderates gehören soll, ist für uns eine positive Veränderung, wir werden aber zu diesem Punkt noch einen Antrag stellen.

Dass die Arbeitsgruppe aber vorschlägt, keine geschlechtsneutrale Formulierungen zu benutzen, sondern nur noch die männliche Form zu benutzen ist für uns gar unverständlich. In einer Gemeindeordnung, in einem Geschäftsreglement, was zwei ganz wichtige, wenn nicht gar die beiden wichtigsten Regelemente einer Gemeinde sind, einen solchen Rückschritt tun zu wollen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Es ist uns auch klar, dass geschlechtsneutrale Formulierungen nicht gerade das Leserlichste sind, aber ein Geschäftsreglement ist ja auch nicht gerade Bett- oder Erzähllektüre. Die Mehrheit der Bevölkerung ist weiblich, auf allen Ebenen wird um Gleichstellung gekämpft, da muss auch die Gemeindeordnung und das Geschäftsreglement beide Geschlechter berücksichtigen.

Nach 12 Jahren darf ein Reglement überarbeitet werden. Wir erachten die Überarbeitung als Anpassung an die heutigen Situationen, sind uns aber bewusst, dass es nichts bahnbrechend Neues beinhaltet und vielleicht die Ziele der Motionäre nicht ganz erfüllt werden. Wir werden dem Geschäftsreglement und der Gemeindeordnung mit den Änderungsanträgen der GPK grundsätzlich zustimmen, aber auch eigene Anträge in der Detailberatung einbringen.

Huwiler Paul, CVP-CSP/Junge CVP: Unsere Fraktion hat die vorliegende Gemeindeordnung und Geschäftsreglement eingehend beraten. Summarisch halten wir fest, dass die darin enthaltenen Änderungen wenig substantiell sind. Einzig vielleicht die Ausarbeitung des Legislativprogrammes ist etwas neues. Mit dem Rückbau der geschlechtsneutralen Formulierung liegt die Gemeinde Wohlen in der gesetzgeberischen Landschaft ziemlich quer und läuft Gefahr, von aussen als rückständig wahrgenommen zu werden. Es gibt eindeutige Empfehlungen von Bund und Kanton, wie neue Gesetze zu formulieren sind und diesen Empfehlungen sollten auch wir nachleben. Die in der seinerzeitigen Motion formulierten Ziele sind nicht alle erreicht worden bzw. unterliegen gar nicht in der Kompetenz der Gemeindegesetzgebung. Auf der anderen Seite wurde die Gelegenheit benutzt, um Bestimmungen an das übergeordnete Recht anzupassen.

Darin sehen wir auch den Nutzen der ganzen Übung. Bei einigen Paragraphen wird unsere Fraktion eigene Änderungsvorschläge einbringen oder Änderungsvorschläge der GPK unterstützen. Meier Maja, Freis Wohle: Freis Wohle dankt dem Gemeinderat und der Arbeitsgruppe für die Überarbeitung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglementes. Wir haben mit unserem Vertreter in der Arbeitsgruppe die beiden Entwürfe diskutiert und offene Fragen zum grössten Teil schon geklärt. Allfällige Bemerkungen oder weitere Fragen werden wir in der Detailberatung vorbringen. Auch wir haben darüber diskutiert, ob diese Überarbeitung wirklich so dringend ist, v. a. in Bezug auf die Reduktion der Anzahl Schulpflegsmitglieder.

Bertschi Bruno, SVP: Auch die Fraktion der SVP hat die Gemeindeordnung und das Geschäftsreglement eingehend diskutiert. Das meiste wurde von Matthias Jauslin bereits gesagt. Wir werden in der Detailberatung auf einzelne Punkte zurückkommen.

Detailberatung Gemeindeordnung

§	Diskussion
1	<p><u>Gfeller Konrad, Präsident GPK</u>: Es ist grundsätzlich so, dass wir in der Schweiz Gleichberechtigung haben. Somit sollte klar sein, dass die Gemeindeordnung in geschlechtsneutraler Form geschrieben werden soll.</p> <p>Die GPK stellt deshalb folgenden Antrag:</p> <p>Die GPK beantragt, die geschlechtsneutrale Formulierung der Gemeindeordnung zu wählen und den § 1 ersatzlos zu streichen.</p> <p><u>Huwiler Paul, CVP-CSP/Junge CVP</u>: Unsere Fraktion unterstützt den Antrag der GPK auf Streichung des Paragraphen.</p> <p><u>Furter Fabian, SP</u>: Die SP, Eusi Lüt & Grüne und EVP unterstützt den Antrag ebenfalls. Alles andere als eine Streichung des § 1 wäre für uns nicht annehmbar.</p> <p><u>Jauslin Matthias, FDP</u>: Unsere Fraktion hat sich gegen die GPK entschieden. Mit der Bezeichnung, wie sie die Arbeitsgruppe und auch der Gemeinderat gewählt hat, sind wir einverstanden. Wir werden dem GPK-Antrag nicht zustimmen.</p> <p><u>Schmid Tomi, Freis Wohle</u>: Ich war in der Kommission für diesen Paragraphen. Für mich ist dies kein Rückschritt, sondern Einfachheit. Ich habe aber Verständnis für Personen, die damit nicht einverstanden sind.</p> <p><u>Dubler Walter, Gemeindeammann</u>: Die Formulierung wurde in der Arbeitsgruppe diskutiert, nicht im Gemeinderat. Ich war überrascht, als die Arbeitsgruppe sich für den § 1 entschieden hat. Als die Gemeindeordnung das letzte Mal zur Diskussion stand, war ich Sprecher der GPK und habe für die bestehende Formulierung gekämpft. Dr. Martin Burkard, studierter Germanist und FDP-Einwohnerat, hat die Lesung gemacht, dass es so ist wie es jetzt ist. Es ist klar, es wäre ein Rückschritt. Der Gemeinderat scheucht in diesem Fall die Bequemlichkeit nicht.</p> <p><u>Keller Anna, Eusi Lüt & Grüne</u>: Ich finde es toll, dass die meisten den § 1 streichen möchten. Sonst müsste ich Sachen in weiblicher Form verfassen und Matthias Jauslin, du wärst dann einfach mitgemeint.</p> <p>Abstimmung:</p> <p>Dem Antrag der GPK</p> <p><i>Es sei die geschlechtsneutrale Formulierung der Gemeindeordnung zu wählen und den § 1 ersatzlos zu streichen.</i></p> <p>wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.</p>
6	<u>Bertschi Bruno, SVP / Dorfteil Anglikon</u> : Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die Gemeindeordnung

	<p>bereits jetzt an die Verhältnisse angepasst werden könnte, wie sie im Jahr 2010 herrschen werden. Ich spreche von der Schulpflege. Hier sind 7 Mitglieder vorgesehen, welche bereits gewählt wurden. Dies ist rechtsgültig für die nächsten 4 Jahre. Wir sind der Meinung, dass dies jetzt auf 5 abgeändert werden kann. Dies würde eine Volksabstimmung in 4 Jahren einsparen. Im übrigen sind wir überzeugt, dass die Schulpflege mit den Schulleitungen bis in 4 Jahren die Evaluation durchgeführt hat und die Schulleitungen, wie jetzt schon, reibungslos funktionieren werden.</p> <p><u>Gfeller Konrad, FDP:</u> Wir haben unsere Schulpfleger bereits gewählt. Gültig ist die revidierte Gemeindeordnung ab 1.1.2006. Ob dies rechtsgültig wäre, ist eine andere Frage. Uns liegt noch kein Bericht vor. Es wäre vorgegriffen, jetzt schon die Reduktion zu beschliessen.</p> <p><u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Man verlangt von einer guten Führung eine Linie, Kontinuität. Am 20.01.2003 beschloss der Einwohnerrat, dass ab 1.1.2006 die Schulpflege neu aus 7 Mitgliedern besteht. Dies wurde an der Volksabstimmung vom 16.3.2003 deutlich angenommen. Die Evaluation läuft. Wollen Sie mit System arbeiten, wäre es das Fälscheste, sich jetzt einzumischen. Haben Sie jedoch dieses Anliegen, dann wäre der Gemeinderat durchaus bereit, dies zu prüfen. Dies könnte auch ein Grund sein, die Revision noch nicht zu verabschieden, sondern bis in die nächste Amtsperiode zuzuwarten.</p> <p><u>Bertschi Bruno, SVP / Dorfteil Anglikon:</u> Es geht uns nicht um eine Zwängerei oder Einflussnahme in den laufenden Prozess. Ich frage Sie, Herr Gemeindeammann, ob wir in 4 Jahren die Reduktion der Schulpflege vornehmen können, ohne dass das Volk dies gutheissen muss?</p> <p><u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Eine Änderung bedingt in jedem Fall eine Volksabstimmung. Es ist doch nicht sinnvoll, in dieser Phase, in welcher man noch nicht mal die Erfahrung mit 7 Mitgliedern hat, schon eine Lösung für die übernächste Amtsperiode festzulegen. Alles Schritt für Schritt.</p> <p><u>Sachs Sepp, Präsident Schulpflege:</u> Die Schulpflege Wohlen funktioniert mit 7 Mitgliedern gemäss Schulleitungskonzept. Die Schule ist so organisiert. Pro Schulzentrum gibt es 2 Schulpfleger. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass alle Mitglieder zur Zeit noch absolut ausgelastet sind. Jedes Schulzentrum weist eine Grösse wie eine Schule von bspw. Villmergen auf. Wir brauchen im Moment noch die 7 Schulpfleger. Wir haben viele Aufgabe in dieser Übergangsphase. Ich erinnere ans Controlling und daran, dass die Schulpflege neu die Aufgabe des Arbeitgebers für alle Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleiterinnen und Schulleiter hat. Diese Aufgaben werden in den nächsten paar Jahren nicht abnehmen. Es würde anders aussehen, wenn das Schulleitungskonzept anders aussehen würde, nämlich mit Geschäftsleitung. Ich weiss nicht, wie die Bedürfnisse der Schule Wohlen im Jahr 2010 aussehen werden. Ich schliesse nicht aus, dass die Zahl der Schulpfleger neu beurteilt werden muss. Zur Zeit würde ich aber eine Anpassung auf 5 als falsch erachten.</p>
28	<p><u>Bertschi Bruno, SVP / Dorfteil Anglikon:</u> Meine Frage bezieht sich auf die Geschäftsprüfungskommission. Muss diese in der Gemeindeordnung erwähnt werden? Denn gemäss den kantonalen Gesetzen muss nur die Finanzkommission in der Gemeindeordnung erwähnt sein.</p> <p><u>Hartmann Peter, Gemeindeschreiber:</u> Im Vorprüfungsbericht hat der Kanton verlangt, dass auch die Geschäftsprüfungskommission in der Gemeindeordnung erwähnt werden muss.</p>
36	<p><u>Zulauf Ruedi, Eusi Lüt & Grüne:</u> Ich möchte Ihnen vorschlagen, diesen Paragraphen zu streichen. Im § 35 der neuen Gemeindeordnung werden die Befugnisse des Gemeinderates umschrieben. Es ist nützlich, wenn man sich die Bedeutung dieses Wortes vor Augen hält. „Befugnis“ heisst nach Wörterbuch „Berechtigung, Ermächtigung, Vollmacht“, also eine Art Erlaubnis. Befugnisse des Gemeinderates ermächtigen ihn, die Dinge zu tun, die in den Befugnissen beschrieben sind. Natürlich ergeben sich aus diesen Befugnissen auch Verpflichtungen. Was der Gemeinderat ermächtigt ist zu tun, das soll er wohl auch, dazu ist er indirekt verpflichtet. Trotzdem bringt die Gemeindeordnung nicht den Begriff „Pflichten“, sondern hält an der vornehmeren Formulierung der „Befugnisse“ fest, die nach unserem Verständnis einen grösseren Spielraum umschreibt, in welchem der Gemeinderat seine Amtshandlungen ausüben kann. Die Befugnisse umfassen in der Gemeindeordnung eine eindrückliche Liste, von Buchstabe a bis s, also 18 Positionen. Keine dieser Positionen erfährt eine weitere Ausführung in der Gemeindeordnung. Keine, bis auf Buchstabe c, die in § 36 näher ausgeführt wird. Solche Ausführungsbeschreibungen gehören allerdings nicht in eine Gemeindeordnung. Diese regelt die Grundsätze, während die Details entweder allgemein bekannt oder anderswo geregelt sind. Es ist nicht zu sehen, weshalb diese Systematik bei diesem Punkt gebrochen werden soll. Ein Legislaturprogramm ist ein Werkzeug. Aber nicht jedes Werkzeug liegt jedem Benutzer gleich gut in der Hand. Der eine kommt besser mit der Säge zurecht, während der andere eher mit dem Hammer arbeitet. Der Gemeinderat in der bisherigen Zusammensetzung hat deutlich gezeigt, dass er ein Legislaturprogramm nicht zu den Werkzeugen zählt, die er gerne in die Hand nimmt. Es ist darum zu erwarten,</p>

dass er auch nicht besonders gute Werkstücke damit erzeugt hätte. Offenbar soll dies nun geändert werden. Der Gemeinderat soll verpflichtet werden – verpflichtet, nicht befugt – das ungeliebte Legislaturprogramm auszuarbeiten. Dagegen ist nichts einzuwenden. Vielleicht hätte man beispielsweise eine Tempo 30-Zone, die über eine gewisse Zeit in einem Legislaturprogramm vorgekommen wäre, weniger leicht bodigen können.

Es ist also nicht die Idee des Legislaturprogrammes, die uns stört. Es ist vielmehr der Kasernenhofton des § 36, der einerseits die Systematik der Gemeindeordnung bricht und andererseits Vorschriften in einer Form aufstellt, die jeglichen Spielraum auf null reduzieren und sich in einem Formalismus ergeht, der für alle verletzend sein muss, die sich damit beschäftigen werden müssen. Man spürt aus dem Text zweierlei. Zum einen, dass hier jemand über einen Paragraphen in der Gemeindeordnung zu erreichen versucht, was er mit mehreren Versuchen im Rahmen von Einwohnerratsdebatten nicht erreicht hat. Zum anderen, dass ein ganz bestimmter Gemeinderat in bestimmter Zusammensetzung gemeint ist. Beides ist nicht statthaft. Weder kann eine Gemeindeordnung zur Befriedigung eines individuellen Willens dienen, noch kann sie auf bestimmte Individuen ausgerichtet sein. Sie muss übergreifend versuchen, möglichst viele gegenwärtige und künftige Situationen angemessen zu bedienen. Das kann sie bei einer derartigen Personalisierung nicht.

Wir beantragen nicht die Streichung der Befugnisse, die den Gemeinderat ermächtigen, ein Legislaturprogramm auszuarbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen. Wir beantragen nur die Streichung der allzu eng geratenen Ausführungsbestimmungen. Sie sind zu sehr personalisiert, vergreifen sich im Ton und haben darüber hinaus den Nachteil, dass sie das angestrebte Ziel nicht erreichen können. Eine Behörde, die nicht weiss, wie man ein Legislaturprogramm zu verstehen, zu erstellen und vorzulegen hätte, wird mit der vorliegenden Gebrauchsanweisung wohl auch nicht viel klüger. Es ist hier wie mit der Religion: Gute Menschen brauchen keine, und bei schlechten nützt sie nichts.

Aus diesen Gründen beantragen wir die Streichung des § 36 in der neuen Gemeindeordnung und freuen uns auf Legislaturprogramme, die jeweils mit einer gewissen Unabhängigkeit, dafür umso grösseren Lust vom Gemeinderat ausgearbeitet werden. Legislaturprogramme, zu denen er dann wirklich ermächtigt sein wird und nicht dazu verknurrt.

Gfeller Konrad, GPK-Präsident: In der GPK wurde das Legislaturprogramm lange diskutiert. Es wurde auch gefragt, weshalb dies in der Gemeindeordnung steht. Alles andere im § 35 ist irgendwo in einem Gesetz geregelt. Das Legislaturprogramm ist etwas neues. Einfach festlegen, der Gemeinderat hat die Befugnis, genügt nicht. Man möchte wirklich, dass der Gemeinderat nicht machen kann was er will, sondern dass er ein Legislaturprogramm vorlegt. Deshalb ist dem Antrag nicht zuzustimmen.

Huwiler Paul, CVP-CSP/Junge CVP: Unsere Fraktion ist auch mehrheitlich für die Streichung dieses Paragraphen.

Zulauf Ruedi, Eusi Lüt & Grüne: Ich habe dies wohl etwas zu wenig deutlich gesagt. Eine Befugnis ist sehr wohl auch eine Verpflichtung. Aber nicht so direkt wie ein Tagesbefehl.

Jauslin Matthias, FDP: Ich bin in der Arbeitsgruppe gewesen. Ich oute mich auch als die Person, die diesen Artikel eingebracht hat. Der Kasernenton ist jedoch nicht von mir, sondern existiert auch in anderen Gemeindeordnungen. Die explizite Aufführung der Formulierung kann sicher als nicht ideal beurteilt werden. Ich bin aber weiterhin der Ansicht, dass wir das Legislaturprogramm haben sollten und der Gemeinderat dazu motivieren können, seine Ziele und die Marschrichtung zu kommunizieren. In der Fraktion FDP ist dieser Paragraph nicht umstritten. Wir werden dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Freis Wohle war in diesem Punkt unsicher. Ruedi Zulauf, du hast mich mit deinem Votum überzeugt.

Bächer Andy, CVP-CSP/Junge CVP: Das Legislaturprogramm steht eigentlich bereits im Finanzplan. Was ist der Unterschied vom Finanzplan zum Legislaturprogramm? Mir genügt der Finanzplan.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte Ruedi Zulauf für die in der Tat überraschenden, sehr geistreichen und für den Gemeinderat hochehrwürdigen Ausführungen danken. Es ist eine der feinfühligsten Analysen unserer Arbeit.

Zur Sache: Warum sieht es der Gemeinderat anders? Im Bericht und Antrag haben wir ausgeführt, dass wir beantragen, diese Bestimmung nicht in der Gemeindeordnung aufzunehmen, weil der Gemeinderat Führungsorgan der Gemeinde ist. In dieser Eigenschaft entscheidet er, welches Führungsmittel er einsetzen möchte. Als umfassendes Führungsmittel erachtet er den Finanzplan. Er ist

zugleich Aufgabenkatalog, Prioritätenliste und Mehrjahresprogramm. Der Finanzplan wird jährlich auf den neuesten Stand gebracht und dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. Der Gemeinderat kann nicht nachvollziehen, welche zusätzlichen und besseren Aussagen von einem Legislaturprogramm erwartet werden können. Der Gemeinderat befürchtet viel mehr, dass ein Vierjahresprogramm die Handlungsfähigkeit des Gemeinderates und vom Einwohnerrat in allzu enge Bahnen leiten würde. Es ist schön, dass sich Matthias Jauslin als Vater dieses Antrages geoutet hat. Er macht Vergleiche mit der Stadt Baden. Baden leistet sich etwas kostspieliges, was wir uns nicht leisten: nämlich WOV. Matthias Jauslin sagt einleitend, der Gemeinderat scheue Mehrarbeit. Dem muss ich entgegen, dass wir Mehrarbeit scheuen, die nicht mehr Nutzen bringt. Sonst scheuen wir keine Arbeit. Gerade die Freisinnigen müssten doch kostenbewusster überlegen. Wir können doch nicht mehr Papier produzieren, das nichts bringt ausser mehr Kosten.

Zur Kurzsichtigkeit. Ich mache ein Beispiel, das mit kurzfristigem und langfristigem Denken zu tun hat. Ich habe das Gefühl, dass Matthias Jauslin ein Problem des Rollenverständnisses hat. Paul Huwiler hat an der Podiumsdiskussion vom vergangenen Donnerstag sehr gut formuliert, dass der Gemeinderat eine Rolle hat und der Einwohnerrat eine Rolle hat. Es geht darum, sich bewusst zu werden, wer welche Rolle spielt und welche Funktion hat. Ich merke, dass Matthias Jauslin gerne Gemeinderat sein möchte. Dies kann man aber nur sein, wenn man kandidiert und gewählt wird – dann kann man den Job eines Gemeinderates auch wahrnehmen.

Später werden wir das Geschäftsreglement des Einwohnerrates beraten. Darin ist bis jetzt die Regelung enthalten, dass bis der Präsident gewählt wird, der Gemeindeammann die Sitzung leitet. Ich durfte dies bis jetzt zweimal machen. Zweimal war dies auch die Gelegenheit zu kommunizieren, was in den nächsten 4 Jahren ungefähr passieren soll. Auf sehr grobe Art sozusagen ein Legislaturprogramm. Ich habe das letzte entsprechende Protokoll hervorgesucht und kontrolliert, was bis jetzt erledigt wurde. Der Vergleich zum tatsächlich Geschehenen sieht nicht schlecht aus. Bruno Bertschi schlug der Arbeitsgruppe vor, dass der erstgeborene der amtsältesten Einwohnerräte die Sitzung bis zur Wahl des Präsidenten leitet. Ich denke, das ist weitgehend motiviert gewesen in der Person der jetzigen Gemeindeammanns. Es ist der Vorteil, dass ich an einer Rede weniger herumstudieren muss.

Ich habe diverse Broschüren mitgenommen. Das Leitbild Wohlen aus dem Jahr 1987. Dieses wurde gerade von Freisinnigerseite verrissen, obwohl der Aufwand sehr gross war. Der Zielfindungsprozess ist sehr heterogen.

Der Bereich, in dem man das Bild einer Ortschaft markant verändern und somit auch planen kann, ist der Baubereich. Wir haben einen Verkehrsrichtplan. Die Repla Unteres Bünztal ist daran, eine Zukunftsvision zu erarbeiten, die über Wohlen hinaus geht. Der Kanton macht Agglomerationsprogramme. Die Mobilität Aargau und Raumentwicklung Aargau ist in Vernehmlassung. Es gibt sehr viel Papier, in welches man sich hineindenken muss. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat seinen Phantasien freien Lauf lassen kann. Ein konkretes Beispiel, bei welchem gerade die FDP und SVP die Linie der guten Tugend verlassen haben. Es geht um den Kreisel Kirchenplatz, welcher Bestandteil des Verkehrsrichtplanes 96 ist (Massnahme S6, kurzfristiger Zeithorizont = 5 Jahre, Zuständigkeit Kanton). In der Diskussion im Einwohnerrat gab es vehementen Widerstand der SVP und FDP. Es wurde ein Rückweisungsantrag gestellt. Nur dank CVP, SP, Eusi Lütü & Grüne, Freis Wohle und EVP wurde dieses Projekt verwirklicht. Mit 24 Ja und 14 Nein Stimmen wurde dem Kredit zugestimmt. Welche Konsequenzen hat dies über die Gemeinde hinaus? Sehr grosse. Sie haben im Strebgebäude und Islerareal Investoren, welche Millionen investieren. Dazu kommen noch weitere Investitionen in den angrenzenden Liegenschaften hinzu. Diese Projekte sind auf den Kreisel und die Erschliessungsstrasse angewiesen. Hätte der Einwohnerrat damals nein gesagt, wäre dieses Projekt verzögert oder gar abge sagt worden.

Ich komme zum letzten Beispiel: Strassenmanagement. Zweimal wurde Fr. 50'000 im Budget aufgenommen. Ziel wäre, die Qualität sämtlicher Gemeindestrassen aufzunehmen, damit eine Systematik in der Strassenerneuerung eingeführt werden könnte. Der Gemeinderat schaut dieses Planungsinstrument als notwendig an. Zweimal wurde es abgelehnt. Ich bitte Sie, träumen Sie nicht von Phantasien, sondern geben Sie uns die Mittel, die wir Ihnen beantragen. Wenn die gemachte Arbeit nicht recht ist, dann bitte stellen Sie sich im Jahr 2009 zur Wahl.

Gfeller Konrad, Präsident GPK: Bereits an der GPK-Sitzung hat sich der Gemeinderat vehement gegen ein Legislaturprogramm gewehrt. Das ist sein Recht. Er muss aber ja kein dickes Buch schreiben. Es geht darum, dass man sieht, wohin unsere Gemeinde will. Es ist nicht gegen den Gemeinderat, seine Arbeit oder als Misstrauen gedacht. Es ist nicht mehr als recht, eine Planung zu machen. Nicht nur aufs Geld ausgerichtet, sondern auch ganz allgemein. Ich bitte Sie, den Antrag von Ruedi Zulauf abzulehnen.

Jauslin Matthias, FDP: Ich möchte mich kurz betreffend der vom Gemeindeammann erwähnten Gemeinderatskandidatur äussern. Ich lasse mir nicht unterstellen, dass ich irgendwelche Gemeinderatskandidaturen, Gemeinderatskämpfe oder Schlammschlachten im Vorfeld geführt hätte. Walter Dubler, wenn wir beide ein Problem haben, bereden wir das nicht hier sondern später. Wenn ich jedes Mal von deiner Person angegriffen werde, wenn ich etwas mache, finde ich das müssig. Ich habe nicht das Gefühl, dass ich demokratisch einen Fehler mache. Ich habe eine Aufstellung gemacht, wie ich das sehe. Wir haben das auch in der Arbeitsgruppe, welcher Gemeindeammann Walter Dubler und Gemeinderat Harold Külling angehörten, diskutiert und uns auf diesen Text geeinigt. Wenn man sich als Gemeinderat nicht die Zeit nehmen kann, auf einem Blatt Papier das im Finanzplan geregelte schriftlich niederzuschreiben, um es der Bevölkerung weiterzugeben und dieses im Rhythmus von 2 Jahren zu überarbeiten, verbaut sich der Gemeinderat eine Chance. Ist es so schwierig zu sagen, was Ferropolis für Wohlen sein soll? Ist es so schwierig, sich im Vorfeld zu überlegen, was der Bezirk Freiamt für Wohlen bedeuten würde? Ist es so schwierig im Vorfeld zu überlegen, ob wir mal 14'000 oder 15'000 oder gar 20'000 Einwohner haben werden? All diese Sachen sollen mal in Sätze und Wörter niedergeschrieben werden. Zahlen sind dabei nebensächlich. Genau das wollte ich mit dem Paragraphen 36, nicht mehr und nicht weniger. Ich kandidiere nicht für den Gemeinderat.

Perroud Arsène, SP: Ich finde ein Legislaturprogramm eine gute Sache und ein tolles Instrument, wenn es gewisse Freiheiten offen lässt. Die fixe Formulierung in der Gemeindeordnung wird deshalb bemängelt. Der Gemeinderat soll die Freiheit haben, selbst zu bestimmen, wie das Legislaturprogramm aussehen soll. Ich bin der Meinung, dass eine Gemeinde auch andere Entwicklungen hat, als reine Investitionsplanung. Es gibt auch Dinge, die nichts kosten oder zumindest keine Grossinvestitionen sind, z.B. Einführung Personalreglement. Ich finde, der Gemeinderat hat Angst vor dem Legislaturprogramm. Er will sich nicht zu fest einbinden lassen und hat das Gefühl, dass er darauf behaftet werden könnte. Aus meiner Sicht geht es darum, dass der Gemeinderat sagt, wohin sich die Gemeinde entwickeln soll, und nicht nur in der Finanzplanung.

Fontana Peter, CVP-CSP/Junge CVP: Wenn ich das in der Schule richtig verstanden habe, ist die Legislative die gesetzgebende und die Exekutive die ausführende Gewalt. Das tönt gut, ein Legislaturprogramm. Ich denke, es bringt aber nicht das, was wir wirklich wollen. Der Gemeinderat muss sich mit dem Legislaturprogramm vermehrt in die Karten schauen lassen. Der Einwohnerrat hat jederzeit die Möglichkeit und Instrumente, dem Kurs des Gemeinderates entgegenzusteuern. Es tönt gut, bringt aber wenig.

Becker Doris, Freis Wohle: Wo die finanzpolitischen Ziele festgelegt sind, wissen wir mittlerweile. Etwas überrascht mich. Es geht ja auch um die politischen Ziele. Ich meine, dass sich der Gemeindeammann am Anfang von jeder Legislaturperiode in seiner Rede vor dem Dorfparlament sehr wohl zu den politischen Zielen äussert. Dies ist protokolliert und kann nachgelesen werden. Ich würde sagen, wir wissen Bescheid über die finanzpolitischen und politischen Zielsetzungen. Aus meiner Sicht schafft ein zusätzliches Legislaturprogramm Doppelspurigkeiten und Mehrkosten. Ich finde es sehr problematisch, wenn man der Führung vorschreibt und ihr nicht die Freiheit lässt, ihre Führungsmittel selbst zu wählen.

Zulauf Ruedi, Eusi Lüüt & Grüne: Ich fürchte, ich wurde vom Gemeinderat falsch verstanden. Ich bin nicht dafür, dass man das Legislaturprogramm streicht. Überhaupt nicht. Ich finde es eigentlich etwas gutes. Aber ich finde es hauptsächlich von diesen Leuten gut, die es auch gerne machen. Ich finde das Legislaturprogramm deshalb gut, weil es dazu führen könnte, die verbohrt finanzpolitische Perspektive aufzuknacken. In dieser Gemeinde wird alles vom Portemonnaie aus angeschaut. Dies ist mir verleidet. Wenn man politische Ziele festlegt, muss man schauen, ob bei der Finanzplanung Änderungen vorgenommen werden müssen. Das könnte die Konsequenz haben, dass das Geld vielleicht woanders hinfließt. Deshalb finde ich, dass Legislaturprogramm und Finanzplan überhaupt nicht identisch sind.

Steiner Landert Judith, SVP / Dorfteil Anglikon: Wohlen wird von aussen mit einem Legislaturplan völlig anders wahrgenommen, als wenn man mit einem Finanzplan daher kommt. Ein Instrument wie ein Legislaturprogramm ist im weitesten Sinne wie ein Marketingprogramm und gibt erkennbar gegen aussen die Zielsetzungen bekannt. Für uns, für unsere Bürger und für unsere Umgebung. Davon kann es nicht genug haben. Eine saubere, gerade Zielsetzung, welche von den Gemeinderäten nach aussen getragen würde, wäre für mich etwas wunderbares.

Külling Harold, FDP: Ich war seinerzeit einer der Gegner, die das Leitbild Wohlen zerrissen haben. Ich muss etwas persönliches sagen. Ich kann mit solchen Sachen nicht sehr viel anfangen. Der Aufwand ist mir eigentlich zu schade, noch mehr Dokumente und Sätze zu produzieren. Am Schluss bringt man es vor den Rat, wo vielleicht eine Diskussion stattfindet. Aber einig wird man sich nie sein. Ich möchte nicht spotten über Raumentwicklung Aargau (liest daraus vor). Ich weiss, dass moderne Marketing-

mittel heute in sind und viel Geld daran verdient wird. Aber ich möchte Sie bitten, uns nicht auch noch so ein Monstrum konstruieren zu lassen. Ich meinte, es wäre gescheiter, wenn jede Partei für sich auf die Einwohnerratswahlen etwas in diesem Stil erarbeitet. Damit der Wähler sieht, in welche Richtung Sie gehen möchten. Unsere Richtung sollte aufgrund des Finanzplanes ziemlich feststehen. Ich wäre froh, wenn das Legislaturprogramm nicht in der Gemeindeordnung enthalten wäre.

Wyss Martin, SVP / Dorfteil Anglikon: Eine Gemeinde ist nichts anderes als ein Unternehmen. Es ist so, dass sich in einem grösseren Wirtschaftsunternehmen der Geschäftsführer auch nicht anhand vom Finanzplan orientieren kann. Er muss in einem Businessplan seine Ziele festhalten. Dieser Businessplan besteht nicht nur aus Zahlen. Ich denke, dass die grosse Mehrheit unserer Bevölkerung mit einem Finanzplan nichts anfangen können. Sie kann ihn nicht interpretieren. Deshalb bin ich der Meinung, dass ein ausgeschriebenes Ziel auch zu definieren wäre. Walter Dubler, du hast uns verschiedene Leitbilder gezeigt. Ich wäre froh, wenn man diese Menge kurz, kompakt und interessant präsentieren könnte. Als Neuzuzüger wäre dies eine interessante Orientierungshilfe und Einführung in unsere Gemeinde.

Perroud Arsène, SP: Ich verstehe nicht, weshalb der Gemeinderat solche Angst davor hat. Es sind Sachen, die alle in den Köpfen der Gemeinderäte sind. Sie wissen doch schon, wohin es gehen soll, wie die Entwicklung sein soll. Es geht nur noch darum, dies öffentlich zu machen. Es ist eine Chance für den Gemeinderat, der Bevölkerung zu zeigen, wie die Entwicklung stattfinden soll. Das Programm kann abgeändert werden. Dazu gibt es immer Gründe. Ich bin überzogen, dass bei einer Klausurtagung am Anfang einer Legislaturperiode auch Ziele formuliert werden. Es sollte doch nicht so eine Sache sein. Es würde der Gemeinde eine Identität, ein Gesicht geben.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ein Beispiel aus dem Jahre 1998: Wohlen hatte kein gemeindeeigenes Land. Wir wurden sehr schnell mit einem Prozess konfrontiert. Wohlen hatte ein Mangel an Schulräumen. Dies können wir nun als erledigt betrachten. Wir haben uns Anfang letzte Jahres zurückgezogen, um uns Gedanken über die Zukunft zu machen. Es ist verfrüht zu sagen, was wird der Gemeinderat Ende dieses Jahrs, anfangs nächstes Jahr machen. Ich denke auch, dass die Wähler die Personen kennen, die sie wählen. Jede Person verkörpert in sich selbst ein kleiner Programm. Ich möchte noch ein letztes Beispiel sagen. Ein Aufruf der SVP an die Einwohnerinnen und Einwohner vom 9.9.2005 im Wohler Anzeiger für die Einwohnerratswahlen. Ich lese einen Teil vor: „Ärgern Sie sich nicht stets über das, was schief läuft, über die laufend neuen Aufgaben und Ausgaben, die dem Staat von linker Seite „angehängt“ werden. Der Einwohnerrat muss substantiell stärker und vor allem bürgerlicher werden.“ Hier kommt etwas zum Ausdruck. Würde die Mehrheit des Rates aus solchen Personen bestehen, hätte die Eröffnung des Kompetenzzentrums Wohlen kaum stattgefunden. Auch Sie verkörpern ein gewisses Programm.

Keller Anna, Eusi Lüt & Grüne: Ich habe auch Mühe mit der Formulierung des § 36. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es im § 35 heisst: Dem Gemeinderat obliegen insbesondere c) die Erstellung des Legislaturprogrammes.

Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag von Ruedi Zulauf

§ 36 der neuen Gemeindeordnung sei ersatzlos zu streichen.

mit 19 Ja, 14 nein und 2 Enthaltungen zu.

Detailberatung Geschäftsreglement

§	Diskussion
1	<p><u>Gfeller Koni, Präsident GPK:</u> Auch hier stellt die GPK aus den gleichen Gründen wie beim § 1 der Gemeindeordnung folgenden Antrag:</p> <p>Die GPK beantragt, die geschlechtsneutrale Formulierung der Gemeindeordnung zu wählen und den § 1 ersatzlos zu streichen.</p> <p>Abstimmung:</p> <p>Dem Antrag der GPK</p> <p><i>Es sei die geschlechtsneutrale Formulierung des Geschäftsreglementes zu wählen und den § 1 ersatzlos zu streichen.</i></p> <p>wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.</p>
11	<p><u>Gfeller Koni, Präsident GPK:</u> Dieser Paragraph legt fest, dass die Unterlagen in Zukunft nur noch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden. GPK findet einstimmig, dass dies nicht der richtige Weg ist. Sicher wird etwas Zeit und Arbeit gespart. Aber es sind schliesslich amtliche Unterlagen. Wir sind der Meinung, dass es Aufgabe der Gemeinde ist, uns diese in papierener Form zur Verfügung zu stellen. Sonst müssten die Einwohnerratsmitglieder alle Unterlagen ausdrucken. Der Postweg ist ausserdem der zuverlässigere Weg, die Gefahr des Verschwindens ist sehr klein. Die GPK stellt folgenden Antrag:</p> <p>Die Zustellung der Einwohnerratsunterlagen solle wie bis anhin erfolgen. § 11 sei ersatzlos zu streichen.</p> <p><u>Bertschi Bruno, SVP/Dorfteil Anglikon:</u> Eine Mehrheit der Fraktion SVP/Dorfteil Anglikon hat sich für die elektronische Zustellung ausgesprochen. Dies gehört zum 21. Jahrhundert. Man kann so Papier und Portokosten sparen. Wir werden § 11 zustimmen.</p> <p><u>Huwiler Paul, CVP-CSP/Junge CVP:</u> Unsere Fraktion ist dafür, dass dieser Paragraph ersatzlos gestrichen wird. Wir sind der Meinung, dass man kein Papier spart, weil jedes Mitglied die Unterlagen zu Hause ausdruckt. Es gibt bei elektronischem „Papier“ auch nicht die Möglichkeit, Post-it-Zettel anzubringen oder sonst zu kennzeichnen. Diese Arbeit kann durchaus durch die Gemeinde für das Dorfparlament geleistet werden. Für Einwohnerräte ohne Email wäre es gemäss § 11 zudem möglich, die Unterlagen per Post zuzustellen. Ich bezweifle, ob dies den Versand vereinfachen würde.</p> <p><u>Meier Maya, Freis Wohle:</u> Auch unsere Fraktion ist der Meinung, dass die allermeisten Unterlagen ausgedruckt werden müssten. Es ist nichts anderes als eine Arbeits- und Kostenverlagerung. Mit Ärger wäre auch zu rechnen, falls der Drucker zu Hause nicht funktioniert.</p> <p><u>Fischer Arthur, CVP-CSP/Junge CVP:</u> Auch ich arbeite seit Jahren mit dem elektronischen Versand von Einladungen, Protokollen für Kommissionen etc. Die CVP hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Einwohnerratswahlen zur Fraktions-sitzung eingeladen. Die Unterlagen wurden ihnen dafür auf elektronischem Weg zugestellt. Das Ausdrucken gestaltete sich in einzelnen Fällen schwierig und zeitraubend.</p> <p><u>Jauslin Matthias, FDP:</u> Unsere Fraktion stimmt dem Streichungsantrag der GPK nicht zu. Die Freiheit ist jedem gegeben, die Unterlagen in Papierform zu bestellen. Für diejenigen, die die Unterlagen elektronisch ablegen möchten, ist dies ein Vorteil. Der Gemeindeschreiber hat uns bestätigt, dass es eine Vereinfachung darstellt.</p> <p><u>Gfeller Koni, GPK-Präsident:</u> Man könnte den Paragraphen auch umkehren. Die Unterlagen werden weiterhin per Post verschickt und diejenigen, die zusätzlich eine elektronische Zustellung wünschen, können dies anmelden.</p>

	<p>Abstimmung</p> <p>Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag der GPK</p> <p><i>Die Zustellung der Einwohnerratsunterlagen solle wie bis anhin erfolgen. § 11 sei ersatzlos zu streichen.</i></p> <p>mehrheitlich zu.</p>
31	<p><u>Gfeller Koni, GPK-Präsident:</u> § 31 regelt die Erklärungen vor dem Parlament, sei es Fraktionserklärung oder persönliche Erklärungen. Bis jetzt herrschte in diesem Saal Redefreiheit. Es kann nicht sein, dass wir dies reglementieren. Sollte es dennoch mal ausarten, ist es Aufgabe des Präsidenten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die GPK stellt den Antrag, den § 31 ersatzlos zu streichen. Die GPK stellt folgenden Antrag:</p> <p>§ 31 sei ersatzlos zu streichen.</p> <p><u>Fricker Matthias, CVP-CSP/Junge CVP:</u> Im § 31 geht es nicht darum, die Redefreiheit zu reglementieren. Es geht darum, zu Beginn einer Sitzung eine Erklärung zu einem nicht traktandierten Geschäft abzugeben. Ich finde diesen Paragraphen sehr sinnvoll.</p> <p><u>Jauslin Matthias, FDP:</u> Die FDP ist in dieser Sache geteilter Meinung. Es gab einen Stichentscheid des Präsidenten. Ich möchte mich Matthias Fricker anschliessen. Später werden wir noch über die Dringlichkeit von Anfragen diskutieren. Wir haben heute schon darüber diskutiert, wie sinnvoll eine Interpellation ist. Die Erklärung wäre durchaus eine Möglichkeit, solche und ähnliche Anliegen im Rat zu platzieren. Dies würde auch die Dringlichkeit unnötig machen. Aus diesem Grund hat auch die Arbeitsgruppe dies als wirklich gutes Instrument beurteilt.</p> <p>Abstimmung</p> <p>Der Einwohnerrat lehnt den Antrag der GPK</p> <p><i>§ 31 sei ersatzlos zu streichen.</i></p> <p>mehrheitlich ab.</p>
46	<p><u>Gfeller Konrad, GPK-Präsident:</u> Es ist neu vorgesehen, dass nur noch Motionen und Postulate als dringlich erklärt werden können. Eine Anfrage wird schriftlich beantwortet und an der nächsten Einwohnerratssitzung traktandiert. Somit würde sich die Dringlichkeit diesbezüglich erledigen. Es kann aber sein, dass ein Geschäft laufend ist und eine Anfrage kommt, obwohl der Gemeinderat noch nicht so weit ist. Wir möchten uns offen halten, die Dringlichkeit auch bei Anfragen bestimmen zu können.</p> <p>Die GPK stellt folgenden Antrag:</p> <p>§ 46 sei wie folgt zu ergänzen (Ergänzung unterstrichen): „Motionen, Postulate <u>und Anfragen</u> können mit Zweidrittelsmehrheit der anwesenden...“</p> <p><u>Huwiler Paul, CVP-CSP/Junge CVP:</u> Unsere Fraktion unterstützt den Antrag der GPK. Wir sehen nicht ein, weshalb ein bisheriges Instrument preis gegeben werden soll. Es sollte möglich sein, eine bestimmte Anfrage als dringlich erklären zu können.</p> <p><u>Külling Harold, Gemeinderat:</u> Das gibt Schwierigkeiten. Vorher wurde festgelegt, dass der Gemeinderat die Anfragen schriftlich beantwortet. Jetzt müsste dies streng genommen in soweit geändert werden, dass alle Anfragen schriftlich beantwortet werden mit Ausnahme derjenigen, welche als dringlich erklärt werden. Was ist überhaupt dringlich? In einem normalen Geschäftsverlauf sollte auch eine spätere Behandlung möglich sein. Ich bitte Sie, die Formulierung zu belassen.</p> <p><u>Jauslin Matthias, FDP:</u> Unsere Fraktion ist der Meinung, dass dem Antrag der GPK nicht zugestimmt werden soll. Was ist eine Anfrage? Es ist eine Effekthascherei. Man will etwas darstellen oder ein Frage stellen. Es kann nicht sein, dass es dringlich ist. Unsere Regelung verpflichtet den Gemeinderat, die Beantwortung schriftlich vorzunehmen. Was will man als dringlich erklären, wenn bereits eine Ant-</p>

	<p>wort vorliegt? Wenn keine Antwort vorliegt, hat der Gemeinderat die Antwort noch nicht parat. Liebe Mitglieder, wir müssen den Mut haben, die drei Instrumente Anfrage, Postulat und Motion sinnvoll einzusetzen. Wollen wir etwas ändern, müssen wir ein Postulat oder gar eine Motion einreichen.</p> <p><u>Huwiler Paul, CVP-CSP/Junge CVP:</u> Die Möglichkeit für den Gemeinderat ist schon gegeben. Es ist ja festgehalten, dass er vorgängig zu informieren ist, um wenigstens eine summarische Stellungnahme abgeben zu können.</p> <p><u>Fricker Matthias, CVP-CSP/Junge CVP:</u> Ich möchte dem Votum von Matthias Jauslin Nachdruck verschaffen. In den letzten 8 Jahren sind viele Interpellationen eingereicht worden. Ich wüsste keine, die wirklich dringlich war.</p> <p><u>Meier Maja, Freis Wohle:</u> Ich möchte die Dringlichkeit für Anfragen belassen. Die von uns Einwohner-rätinnen eingereichte Interpellation betreffend Mobilfunkantennen empfand ich als dringlich. Es ging darum, die Antworten vorliegen zu haben, bevor der Gemeinderat die Baubewilligung erteilte.</p> <p>Abstimmung</p> <p>Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag der GPK</p> <p><i>§ 46 sei wie folgt zu ergänzen (Ergänzung fett): „Motionen, Postulate und Anfragen können mit Zweidrit-telsmehrheit der anwesenden...“</i></p> <p>mehrheitlich zu.</p> <p><u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Der Gemeindeschreiber informiert, dass diese Regelung „klemmt“. Das vorgängige schriftliche Zustellen ist nicht möglich. Dringliche Vorstösse werden an dem Tag der Einwohnerratssitzung durch den Gemeinderat beraten. Der Gemeinderat hat unter diesen Umstän- den nicht die Möglichkeit, die Antwort schriftlich abzugeben. Die Beantwortung wird mündlich an der Sitzung wie bis anhin erfolgen.</p>
2	<p><u>Hübscher Bertha, EVP:</u> Ich habe eine Frage zu § 2. Was passiert, wenn diese Person, welche die erste Sitzung leitet, gleichzeitig zum Einwohnerratspräsidenten gewählt werden soll?</p> <p><u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Ich spreche auch etwas in eigener Sache. Die bisherige Regelung wird in allen Einwohnerräten des Kantons Aargau praktiziert. Eine Friktion ist theoretisch möglich. Sie haben in der Gemeindeordnung in abgeschwächter Form das Vorlegen eines Legislaturprogramms beschlossen. Dies muss ja nicht an der ersten Sitzung sein. Aber man sollte dem Gemeindeammann nicht die Möglichkeit nehmen, an der ersten Sitzung etwas zu sagen. Der Einwohnerrat in neuer Zu- sammensetzung müsste das Interesse haben zu hören, was der Gemeinderat zu sagen hat. Hinzu kommt, dass der Gemeindeammann definiert ist. Das Suchen des erstgeborenen amtsältesten Mit- glieds ist ein administrativer Mehraufwand.</p> <p><u>Hübscher Bertha, EVP:</u> Ich stelle folgenden Antrag:</p> <p>§ 2 Abs. 2 des Geschäftsreglementes sei zu streichen und durch folgenden Text zu ersetzen: Die erste Sitzung des Einwohnerrates wird bis nach der Wahl des Einwohnerratspräsi- denten/der Einwohnerratspräsidentin durch den Gemeindeammann und bei dessen Abwesenheit durch den Vizeammann oder ein Mitglied des Gemeinderates geleitet.</p> <p><u>Jauslin Matthias, FDP:</u> Ich bin überrascht über diesen Antrag. Die Arbeitsgruppe hat 4 Sitzungen ge- habt und die Aufgabe gehabt, die Fraktionsmitglieder mit den Unterlagen jeweils zu bedienen. Dieser Paragraph war einer der ersten, welche die Arbeitsgruppe behandelte. Er stand danach nicht mehr zur Diskussion. Die GPK und die Arbeitsgruppe haben diesem Paragraphen zugestimmt. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrag von Bertha Hübscher nicht zu.</p> <p>Abstimmung</p> <p>Der Einwohnerrat lehnt den Antrag von Bertha Hübscher</p> <p><i>§ 2 Abs. 2 des Geschäftsreglementes sei zu streichen und durch folgenden Text zu ersetzen: Die erste Sit- zung des Einwohnerrates wird bis nach der Wahl des Einwohnerratspräsidenten/der Einwoh- nerratspräsidentin durch den Gemeindeammann und bei dessen Abwesenheit durch den Vizeam-</i></p>

	<p><i>mann oder ein Mitglied des Gemeinderates geleitet.</i></p> <p>mehrheitlich ab.</p> <p><u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Herr Bertschi, wer nimmt das erstgeborene der amtsältesten Mitglieder in Pflicht?</p> <p><u>Chaksad David, SP:</u> Ich verstehe das nicht. Es ist immer das gleiche Spiel. Ich bin jetzt 4 Jahre in diesem Rat. Es liegt auf der Hand, dass einige Personen ein tieferes Problem miteinander haben. Bitte, hören Sie damit auf. Gönnen Sie unserem Gemeindeammann doch die Rede zu Beginn der Amtsperiode.</p>
--	--

Huwiler Paul, CVP-CSP/Junge CVP: Ich verzichte auf den Antrag auf eine zweite Lesung. Die Verwaltung muss halt die Neuformulierung vornehmen.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

1. *Die revidierte Gemeindeordnung sei zu genehmigen und auf den 1. Januar 2006 in Kraft zu setzen. Der Gemeinderat sei mit der Durchführung der Urnenabstimmung zu beauftragen*

wird mit 30 ja, 3 nein und 2 Enthaltungen genehmigt.

Der gemeinderätliche Antrag

2. *Das revidierte Geschäftsreglement des Einwohnerrates sei zu genehmigen und auf den 1. Januar 2006 in Kraft zu setzen. Vorbehalten bleibt die Genehmigung der revidierten Gemeindeordnung durch die Stimmberechtigten.*

wird mit 29 ja, 5 nein und 1 Enthaltung genehmigt.

Der gemeinderätliche Antrag

3. *Die Motion 10085 betreffend Überarbeitung und Aktualisierung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Einwohnerrates sei als erledigt zu erklären.*

wird einstimmig genehmigt.

Salathé Claude, Präsident: erklärt die Sitzung als geschlossen und dankt Eugen Räber für die angenehme Raumtemperatur während der Sitzung.

Für getreue Protokollführung:

Claude Salathé, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.